

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 603) betreffend Europa für junge Menschen im Burgenland greifbar machen (Zahl 21 - 424) (Beilage 683).

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Europa für junge Menschen im Burgenland greifbar machen, in ihrer 14. und abschließend in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Landtagsabgeordneter Fazekas wurde in der 14. Sitzung zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem ergänzenden Bericht stellte Landtagsabgeordneter Fazekas den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Europa für junge Menschen im Burgenland greifbar machen, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 23. November 2016

Der Berichterstatter:
Fazekas eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Dr. Rezar eh.

*Herrn
Präsidenten des Bgld. Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 23. November 2016

Abänderungsantrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár,
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 - 424, welcher
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Europa für junge Menschen im Burgenland weiterhin greifbar machen“

Politische Bildung insgesamt und die Auseinandersetzung mit der Europäischen Union im Besonderen wird im Burgenland ernst genommen. Der Landesschulrat für Burgenland als zentrale Anlaufstelle für alle pädagogischen Fragen des Schulwesens stellt zum einen die umfassende politische Bildung, insbesondere auch zu Fragen der Europäischen Union an den burgenländischen Schulen sicher und zeichnet auch für die Umsetzung vieler Projekte zum Themenfeld verantwortlich.

Die Einbeziehung europäischer Themen in die Schule, die Kenntnis und das Verständnis für andere Sprachen und Kulturen sowie die Fähigkeit, sich mit EU-politischen Themen zu befassen, tragen dazu bei, die Zukunftschancen der Schülerinnen und Schüler in der Ausbildung und im Berufsleben zu verbessern und ihre politische Beteiligung zu fördern.

Durch Mobilitäts- und Bildungserfahrungen sowie die Nutzung von Praktika in ausländischen Unternehmen erwerben junge Menschen viele zusätzliche Kompetenzen, wie z.B. Sprachkenntnisse, interkulturelle Kompetenz und Erfahrungen in der länderübergreifenden Teamarbeit, die ihnen den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern.

Gerade im Burgenland blicken wir auf viele gelungene regionale Kooperationen und auch internationale Vernetzungen zurück. Heute können wir auf diesen Erfahrungen und das erworbene Wissen aufbauen und unser Bildungssystem weiter verbessern.

Bereits in den letzten Jahren beteiligten sich unterschiedliche burgenländische Bildungsinstitutionen an europäischen Förderprogrammen (z.B.: Erasmus+ sowie dessen Vorgängerprogramme). Seit 2016 beteiligt sich das Land Burgenland im Rahmen des EFRE-Förderprogramms am Interreg-Projekt ATHU „Bildungskooperationen in der Grenzregion“. Ein Spiegelprojekt dazu wird im Interreg-Programm SKAT ausgearbeitet. Weitere Interreg-Projekte mit burgenländischer Beteiligung befinden sich in der Planungsphase.

Sonstige Fördermaßnahmen des Landes gibt es bereits seit Jahren in Form des geförderten Schulbesuchs im Ausland bzw. der vom Land unterstützten Lehrlingsaustauschprojekte in den Landesberufsschulen. Kurz vor der Umsetzung steht außerdem die Förderung des Besuchs einer EU-Einrichtung durch Schulklassen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, auch künftig die genannten Maßnahmen umzusetzen, um Europa für junge Menschen im Burgenland weiterhin greifbar zu machen.